

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Uwe Scheuch, Werner Amon MBA, Josef Bucher, Karlheinz Kopf  
Kolleginnen und Kollegen

betreffend lückenlose Aufklärung des ÖGB-BAWAG Skandals

*eingebraucht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage „Sicherung des Wirtschafts- und Finanzplatzes Österreich durch lückenlose Aufklärung des ÖGB-BAWAG Skandals“*

Bereits bei den ersten Karibikgeschäften der BAWAG in der ersten Hälfte der 90-er Jahre waren aufgrund der damit verbundenen negativen internationalen Berichterstattung negative Auswirkungen auf die Kreditwürdigkeit und Liquidität der BAWAG nicht auszuschließen. Zusätzlich bestand auch die Gefahr der Störung der Funktionsfähigkeit des Österreichischen Finanzmarktes.

Eine damals eingesetzte Expertenkommission gab nach eingehender Prüfung der Veranlagungen der BAWAG bei off-shore-Gesellschaften mehrere Empfehlungen zur Vermeidung von Risiken bei der Abwicklung derartiger Sondergeschäfte ab.

Eine Umsetzung dieser Empfehlungen mündete in der Bankwesengesetz-Novelle, BGBl Nr. 445/1996, welche am 12.7. 1996 im Nationalrat beschlossen worden ist. Bei dieser Novelle ging es u.a. um die verbesserte Erfassung von Risikokonzentration bei neuartigen Geschäften oder um eine verbesserte Konzentration der Sorgfaltspflicht.

In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass die SPÖ/ÖGB Abgeordneten zum Nationalrat zwar für die Verschärfung des BWG im Nationalrat gestimmt haben, jedoch haben sie nicht darauf gedrängt, dass es zu einer entsprechenden Umsetzung dieser Bestimmungen bei der BAWAG kommt und somit in Kauf genommen haben dürften, dass im Aufsichtsrat der BAWAG Beschlüsse gefasst wurden, die diesen gesetzlichen Bestrebungen zuwiderliefen.

Weiters erließ das BMF eine „Empfehlung an das Bankwesen betreffend Risikomanagement“. Die BAWAG musste entsprechende betriebsorganisatorische Verbesserungen durchführen.

Trotz aller dieser „Vorsichtsmaßnahmen“ war es möglich, dass die BAWAG nach der Wiederaufnahme der hochspekulativen „Karibikgeschäfte“ einen Verlust von über 1 Mrd. € und in Zusammenhang mit dem Refco-Kreditengagement insgesamt ca. 1,4 Mrd. € hinnehmen musste.

Es ist daher alles zu tun, damit dieser BAWAG-Skandal nicht zu einer nachhaltigen Schädigung des österreichischen Finanzmarktes führt.

Aus diesem Grund ist die lückenlose Aufklärung aller Vorgänge im BAWAG Skandal unumgänglich.

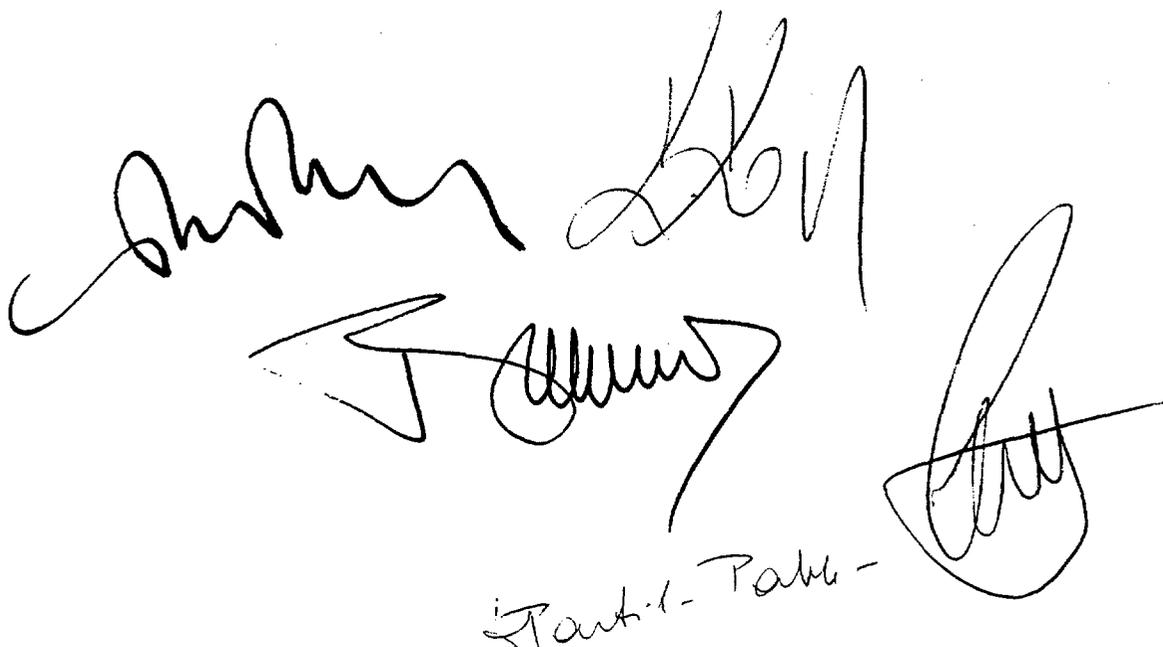
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### Entschließungsantrag

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Der Bundesminister für Finanzen und die Frau Bundesminister für Justiz werden ersucht, im Zusammenhang mit dem BAWAG-Skandal

1. auch weiterhin im Wege der zuständigen FMA bzw. der zuständigen Justizbehörden für die lückenlose Aufklärung der diesen Geschäften zu Grunde liegenden Umstände, insbesondere der rechtlichen Aspekte zu sorgen und
2. zu überprüfen, ob geeignete Maßnahmen gesetzt werden müssen, um einen möglichen Schaden für den Finanzplatz Österreich abzuwenden und diesen langfristig abzusichern und auszubauen.“



Handwritten signatures and a stamp. The signatures are in cursive script. Below the signatures is a rectangular stamp with the text "Stant.-Pakt -".